

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**36. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.12.2017	
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr	
Sitzungsende:	18:41 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsforder Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg- SPD	Vertretung für: Herrn Andreas Sanke- witz	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
Aydin Candan- SPD	Vertretung für: Herrn Ingo Schaffen- berg	
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Vertretung für: Frau Katjana Zunft	
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD	bis 18.26 Uhr (TOP 9.2)	
Ulrike Siebdrat- SPD		
Henning Stabe- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jean Paul Köpsell- SPD	bis 17.47 Uhr (TOP 6.5)	
Bernd Mewes- BfL		
Volker Nehrhoff- CDU	Vertretung für: Herrn Thomas Thalau	
Natalie Regier- BfL		
Joachim Schlitzke- FDP		
Jens Uwe Schulz- grün+alternativ+links (GAL)	Vertretung für: Herrn 2. stv. Stadtprä- sident Rolf Klinkel	
Sieglinde Thors- CDU	Vertretung für: Frau Nil Gersdorf	
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Dr. Gerhard Bender- 2.530		
Monika Borso-		
Dörte Dose- 2.530		
Manuel Hertz- FBC FB 2		

Ulrich Kewitz-	
Volker Langhans-	
Matthias Schröder- 2.502 - SIE	
Claudia Schwartz-	
Matthias Wulf-	
Dr. Thomas Zenkl- 2.530	
Dr. Michael Hamschmidt- Gesundheitsamt	
Gäste	
Samiah El Samadoni- Bürgerbeauftragte f. soz. Angelegenheiten	bis einschl. TOP 6.1
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Roland Wächter- Fa. RW-Consult GmbH	ab 17.00 Uhr bis einschl. TOP 9.2
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Andreas Sankewitz- SPD	fehlt entschuldigt
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)	fehlt entschuldigt
Ingo Schaffenberg- SPD	stellvertr. Vorsitzender
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf- CDU	fehlt entschuldigt
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 07.11.2017
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein -mündlicher Bericht Frau El Samadoni-
6.2.	Schuleingangsuntersuchungen -mündlicher Bericht Herr Dr. Zenkl-
6.3.	Sachstand Umsetzung Psychiatriebericht 2017 im Arbeitskreis "Gemeinde-nahe Psychiatrie" -mündlicher Bericht Herr Dr. Hamschmidt-
6.4.	Gewährung der Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII -mündlicher Bericht Herr Langhans-
6.5.	Armut- und Sozialbericht, Zwischenbericht 2015/2016 Vorlage: VO/2017/05472
7.	Beschlussvorlagen
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 05.12.2017 Vorlage: VO/2017/05525
9.2.	Zwischenstand i.S. WLAN in Gemeinschaftsunterkünften
9.3.	Stellenausschreibung Bereichsleitung SIE

10.	Anfragen von Ausschussmitgliedern/Antworten
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
11.1.	AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453] Vorlage: VO/2017/05479
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	--

Der stellv. Vorsitzende eröffnet die 36. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Zu TOP 6.1 heißt der Vorsitzende Frau El Samadoni, Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, willkommen.

Zu TOP 9.2 ist Herr Wächter, Fa. RW-Consult GmbH, anwesend.

Herr Jugert lässt sich entschuldigen.

Herr Sankewitz wird durch Herrn Schaffenberg vertreten; Herr Candan übernimmt wiederum die Vertretung für Herrn Schaffenberg.

Herr Thalau wird durch Herrn Nehrhoff vertreten. Frau Thors vertritt Frau Gersdorf.

Herr Schulz vertritt Herrn Klinkel. Frau Zunft wird durch Herrn Lüttke vertreten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Unter TOP 9 werden weiterhin folgende Mitteilungen gegeben:

9.2 Zwischenstand i.S. WLAN in Gemeinschaftsunterkünften

9.3 Stellenausschreibung Bereichsleitung SIE.

Herr Schulz, der heute für den erkrankten Herrn Klinkel anwesend ist, hat im Vorwege die Vertagung des TOP 11.1 (AT zu Antrag AM Klinkel betr. Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung) beantragt. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass sich Herr Klinkel in diesen Punkt intensiv eingearbeitet hätte und seinen Antrag in der Ausschusssdiskussion gern selbst vertreten möchte.

Gegen die beantragte Vertagung wird von den Ausschussmitgliedern kein Widerspruch erhoben.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 07.11.2017

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5 Mitteilung des Vorsitzenden

KEINE

zu 6 Berichte

**zu 6.1 Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
-mündlicher Bericht Frau El Samadoni-**

Der Tätigkeitsbericht 2016 liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Frau El Samadoni führt im Wesentlichen folgendes aus:

Landesweit

- Eingang von insges. 3.323 Petitionen von BürgerInnen
- Schwerpunkt: Eingaben SGB II
- Eingaben zur gesetzlichen Krankenversicherung (Krankengeldanspruch, Zugangsproblematik, Notversorgung aufgrund von Beitragsrückständen) und zum Schwerbehindertenrecht sind gestiegen, Eingaben zum SGB XII sind leicht zurückgegangen; zum weiteren Themenschwerpunkt Schulbegleitung wird am Beispiel Krs. Stormarn berichtet
- Kosten der Unterkunft:
bezahlbarer Wohnraum steht nicht ausreichend zur Verfügung
die Schlüssigen Konzepte werden nicht regelmäßig aktualisiert; Frau El Samadoni wünscht sich eine jährliche Anpassung angemessene Heizkosten:

Eingaben von Eigenheimbesitzern, die selbst Heizöl beschaffen müssen
Eingaben aufgrund von Kostensenkungsverfahren
Frau El Samadoni verweist auf die Möglichkeit der kommunalen Träger, eine Gesamtangemessenheitsgrenze einzuführen (nicht zwingend). Diese Regelung gibt es allerdings bisher nur im SGB II (§ 22 Abs. 10 SGB II); Frau El Samadoni würde es begrüßen, wenn der Gesetzgeber auch im SGB XII eine Gesamtangemessenheitsgrenze normieren würde. Diese eröffnet den BürgerInnen mehr Spielraum bei der Wohnungssuche.
Die Gesamtangemessenheitsgrenze sollte für alle Träger verpflichtend eingeführt werden.
Frau El Samadoni weist außerdem auf die von ihr ausdrücklich befürwortete Regelung aus Neumünster hin: Hier regelt eine Satzung die angemessene Kaltmiete für energetisch sanierten Wohnraum einerseits und für Wohnraum mit normalem Standard andererseits.

Lübeck

- SGB II: Anstieg der Eingaben betr. Kosten der Unterkunft (Kostensenkungsverfahren, Heiz- und Betriebskostenabrechnung u.a.)
- SGB XII: Geringfügiger Anstieg der Eingaben betr. Kosten der Unterkunft (überwiegend 1-Person-Haushalte); weitere Eingaben zur Einkommensanrechnung, zum Übergang SGB II – SGB XII und zur Bewilligung von Leistungen der Hilfe zur Pflege (Übernahme ungedeckter Heimkosten) sowie der Eingliederungshilfe (Einkommens-/Vermögensanrechnung); nur 2 Fälle zum Thema Schulbegleitung; Frau El Samadoni lobt die gute Zusammenarbeit mit der HL (Frau Rösing, Herr Langhans uvm.)
- Schlüssiges Konzept zum 01.01.2017 angepasst; Frau El Samadoni wünscht sich auch hier eine jährliche Anpassung

Frau El Samadoni beantwortet abschließend Fragen von Herrn Petereit und Herrn Lüttke (Anzahl Eingaben Kosten der Unterkunft) sowie von Frau Menorca (KiTa-Betreuung von behinderten Kindern berufstätiger Eltern).

Frau Akyurt wünscht sich eine Anhebung der Kaltmiete für energetisch sanierten Wohnraum entsprechend der Regelung in der o.a. Neumünsteraner Satzung.

Außerdem spricht Herr Senator Schindler.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.2 Schuleingangsuntersuchungen -mündlicher Bericht Herr Dr. Zenkl-
--

Herr Dr. Zenkl berichtet zum Umfang und zu den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen (u.a. Sprach-/Verhaltensauffälligkeiten bei den Vorschulkindern) und beantwortet Fragen von Herrn Schulz (dazu auch Herr Dr. Hamschmidt) und Herrn Lüttke.

Frau Menorca betont die Notwendigkeit dieser Untersuchungen und bittet um nähere Auskünfte/Zahlen zu den Kindern mit Adipositas und den „Seiteneinsteigeruntersuchungen“ für Flüchtlingskinder.

Die landesweiten Daten sind zentral in einem Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren zusammengefasst; der Bericht für das Schuljahr 2015/2016 ist zu finden unter:

http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Service/Broschueren/Broschueren_VIII/Gesundheit/schuleinguntber2016.html

Anmerkung außerhalb des Protokolls

Herr Dr. Zenkl teilt zu der o.a. Anfrage von Frau Menorca folgendes mit:

- 1.) Bei den im Sommer 2017 abgeschlossenen Schuleingangsuntersuchungen (SEU) für das Schuljahr 2017/18 war bei der Auswertung zunächst ein falsch niedriger Wert für den Anteil übergewichtiger Kinder ermittelt worden. Eine Plausibilitäts-Prüfung und eine manuelle Nachrechnung zeigten leider, dass sowohl bei den Jungen, als auch bei den Mädchen jeweils etwa 13% als *übergewichtig* bzw. *stark übergewichtig* (adipös) eingestuft werden und damit ein erhöhtes gesundheitliches Risiko für die Entwicklung Adipositas-assoziierter Folgeerkrankungen aufweisen!
(Bei der kürzlich publizierten landesweiten Auswertung des Schuljahres 2015/16 waren bei den schleswig-holsteinischen Schulanfängern 10,8% der Jungen und 11% der Mädchen übergewichtig bzw. adipös. Bei den Lübecker Kindern waren es damals 12,7% der Jungen und 12,4% der Mädchen.)
- 2.) Bei der Auswertung der Untersuchungen für 2016/17 fiel auf, dass nur eine geringe Anzahl von „Seiteneinsteiger“-Untersuchungen stattgefunden hatte. Offenbar waren von den ausländischen Kindern nur eine Auswahl von den Schulen an den Schulärztlichen Dienst gemeldet worden, etwa bei gesundheitlichen Auffälligkeiten oder im Rahmen einer sonderpädagogischen Überprüfung.
Künftig sollen **alle** neu aufgenommenen Kinder vom Schulrat an das Gesundheitsamt gemeldet werden, damit auch bei älteren Kindern eine Untersuchung und eine Erhebung medizinischer Daten durchgeführt werden kann. (Inzwischen wird für diese Stichprobe meist der Begriff „DaZ-Kinder“ verwendet, DaZ für „Deutsch-als-Zweitsprache“.)

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.3 Sachstand Umsetzung Psychiatriebericht 2017 im Arbeitskreis "Gemeindenahe Psychiatrie" -mündlicher Bericht Herr Dr. Hamschmidt-

Herr Dr. Hamschmidt führt aus, dass sich der Arbeitskreis am 07.12.2017 trifft. Es seien bereits einige Anregungen eingegangen, die auf Verwaltungsebene zu bewerten seien.

Das nächste Treffen des Arbeitskreises findet im Februar 2018 statt. Herr Dr. Hamschmidt wird dann in der März 2018-Sitzung des Ausschusses über die Ergebnisse informieren.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.4 Gewährung der Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII -mündlicher Bericht Herr Langhans-

Herr Klinkel hatte zur letzten Sitzung am 07.11.2017 folgenden Antrag gestellt:

Der Sozialsenator wird gebeten, dem Sozialausschuss in der Dezembersitzung über die Gewährung und Beantragung der Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII durch den Bereich Soziale Sicherung zu berichten.

Es soll u. A. auch berichtet werden über:

- *die Voraussetzungen der Leistungsgewährung;*
- *die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter nach der Feststellung der Erwerbsminderung von Hilfeempfänger*innen durch die Agentur für Arbeit und die Bindung dieser Feststellung für den Bereich Soziale Sicherung;*
- *das Verfahren für die Feststellung der dauerhaften Erwerbsminderung der Hilfesuchenden und –empfänger*innen durch den Bereich Soziale Sicherung; sowie*
- *die Einhaltung der Wahrung des Sozialgeheimnisses und des Datenschutzes*

Zu dem letztgenannten der o.a. 4 Punkte war dem Protokoll der letzten Sitzung eine Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten aus dem Jahre 2011 beigefügt.

Zu den ersten 3 Punkten führt Herr Langhans heute - wie vereinbart – anhand der zugrundeliegenden gesetzlichen Regelungen aus.
Nachfragen werden nicht gestellt.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.5 Armuts- und Sozialbericht, Zwischenbericht 2015/2016 Vorlage: VO/2017/05472

Frau Schwartz verweist auf den Armuts- und Sozialbericht 2012 und den dazu ergangenen Beschluss des Ausschusses in der Sitzung am 03.03.2015 (Erstellung von Handlungsempfehlungen u.a.), geändert in der Sitzung am 07.03.2017 (Themenschwerpunkte Alter/Altersarmut, Arbeit und Wohnen).

Es ist vorgesehen, das 1. Thema Alter/Altersarmut zusammenzufassen mit „Leben und Wohnen im Alter“. Vorgesehen ist der regelmäßige Austausch mit Politik und den Netzwerkpartnern, wie auch bei der Teilhabeplanung.

Herr Schulz bittet zu Seite 23 des Zwischenberichts, Tabelle 5, um Aufklärung, warum die Zahl der Eingliederungshilfen in 2013 „eingebrochen“ ist (2012: 3.268, 2013: 2.470, 2014: 3.367).

Herr Dr. Bender wird diesbezüglich eine Erklärung zu Protokoll geben:

→ „ Es ist davon auszugehen, dass die Zahlen zur Eingliederungshilfe im Jahr 2013 nicht eingebrochen sind, sondern zwischen 2012 und 2014 kontinuierlich leicht angestiegen sind.

Interne Zahlen des Bereichs Soziale Sicherung scheinen dies zu belegen. Es ist zu vermuten, dass das Statistische Landesamt für Hamburg und Schleswig-Holstein für das Jahr 2013 in Bezug auf Lübeck fehlerhafte Zahlen veröffentlicht hat. Da die korrekten Zahlen vom Statistischen Landesamt kurzfristig nicht zur Verfügung gestellt werden können, wird auf eine Darstellung der Zahlen für das Jahr 2013 im Zwischenbericht zum Armuts- und Sozialbericht verzichtet. Die dargestellten Zahlen für 2012 und 2014 sind plausibel.“

Herr Lüttke kritisiert die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die gestiegenen Nebenkosten.

Mietspiegel und Wirklichkeit würden „auseinanderklaffen“.

Er fordere die von Frau El Samadoni angesprochene Gesamtangemessenheitsgrenze (siehe TOP 6.1) für Lübeck.

Auch Herr Schulz spricht sich für die Einführung der Gesamtangemessenheitsgrenze aus und beantragt einen mündlichen Bericht über die von Frau El Samadoni beschriebene Verfahrensweise in Neumünster (siehe TOP 6.1).

Frau Schwartz und Frau Borso erklären, eine Gesamtangemessenheitsgrenze gebe es für Lübeck nicht; das Jobcenter habe auch keine eigenen Richtlinien betr. Kosten der Unterkunft.

Nach Aussage von Frau Schwartz sei das Schlüssige Konzept nun aufgrund des neuen Mietspiegels anzupassen.
In diesem Zusammenhang sei der Hinweis erlaubt, dass eine Anhebung der Angemessenheitsgrenzen eine Anhebung der Mieten zur Folge hätte; dadurch würden keine neuen Wohnungen geschaffen.

Zu der in Neumünster getroffenen Regelung wird Frau Schwartz in der nächsten Sitzung (Februar 2018) mündlich berichten. Diese werde auch in die Überlegungen zur Erstellung des Schlüssigen Konzepts einbezogen.

Es sprechen außerdem Frau Menorca (Krankenversicherung für den Familiennachzug von Flüchtlingen u.a.), Frau Akyurt (kein Kostensenkungsverfahren bei den Kosten der Unterkunft, „preisgünstiger Wohnraum“, Möglichkeit der Einführung der Neumünsteraner Regelung), Herr Petereit (zunehmende Altersarmut bei Frauen) sowie Herr Senator Schindler.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

Es liegt nichts vor.

zu 8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

Es liegt nichts vor.

zu 9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
-------------	---

zu 9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 05.12.2017 Vorlage: VO/2017/05525
---------------	---

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Zwischenstand i.S. WLAN in Gemeinschaftsunterkünften

Frau Schwartz verweist zunächst auf den Beschluss des Ausschusses aus der Sitzung vom 06.06.2017:

Der Bürgermeister möge kurzfristig in Gemeinschaftsunterkünften die Einrichtung von WLAN- Zugängen ermöglichen.

Folgende Eckpunkte sind dabei zu berücksichtigen:

Es sind im ersten Schritt die Gemeinschaftsunterkünfte auszurüsten, die ausdrücklich für Geflüchtete errichtet wurden. Beispielfhaft sind hier folgende Unterkünfte zu nennen:

Travemünde, Ostseestraße

Kücknitz, Festwiesenweg

Hochschulstadtteil, Bornkamp

St. Gertrud, Schlutuper Straße

Leganer Weg

Wallstraße

Fackenburger Allee

Fabrikstraße

Polarisweg

Zu berücksichtigen ist bei der Ausrüstung auch die jeweils geplante Nutzungsdauer der Unterkunft.

Die Einrichtung erfolgt für die Hansestadt Lübeck kostenneutral. Für den Fall, dass Kosten anfallen, wird zu Gegenfinanzierungsvorschlägen berichtet.

Die Bewohner sind angemessen anteilmäßig an den Betriebskosten zu beteiligen. (3-5 €)

Herr Wächter berichtet, er habe eine Marktanfrage bei 6 Anbietern durchgeführt.

Aufgrund der vorgeschriebenen Kostenbeteiligung der Bewohner haben alle Firmen den Auftrag abgelehnt, da diese für die Firmen einen wirtschaftlich nicht darstellbaren Aufwand bedeutet.

Hinzu kommen technische/bauliche Probleme (Unterkünfte aus Holz/in Containern). Die Firmen müssen jede einzelne Gemeinschaftsunterkunft aufsuchen und „ausleuchten“.

Herr Wächter hat daraufhin eine erweiterte Anfrage des Inhalts gestellt, unter welchen Voraussetzungen sich die Firmen die Einrichtung von WLAN-Zugängen vorstellen könnten. Bisher habe er dazu 3 Antworten erhalten.

Frau Schwartz kündigt für die Februar 2018-Sitzung eine Vorlage der Verwaltung an, die die Alternativen aufzeigen und eine Empfehlung beinhalten wird.

Auf Nachfrage von Frau Regier erklärt Herr Senator Schindler, die hier vorgesehene freihändige Vergabe sei eine Form der Ausschreibung.

Fragen von Herrn Lüttke und Frau Akyurt (zum Anbieter „Freifunk“) beantworten Herr Wächter und Frau Schwartz.

Herr Petereit beantragt eine „Aufweichung“ des Auftrags des Inhalts, dass nicht jeder Raum mit WLAN ausgestattet wird, sondern nur die Gemeinschaftsräume der Unterkünfte.

Herr Lüttke beantragt, dass jede Einrichtung einzeln betrachtet wird (sog. „Mischlösung“);

zudem sei erneut Kontakt zu Freifunk aufzunehmen.

Nach kontroverser Diskussion stellen Herr Petereit und Herr Lüttke ihre o.a. Anträge unter der Voraussetzung zurück, dass die Erörterungen insgesamt in die weitere Prüfung einbezogen werden und damit auch in die Vorlage einfließen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Stellenausschreibung Bereichsleitung SIE

Herr Senator Schindler berichtet, der Hauptausschuss habe in seiner Sitzung am 28.11.2017 „grünes Licht“ für die Ausschreibung der Bereichsleiterstelle gegeben. Die Ausschreibung wird nun bekanntgegeben; Bewerbungsschluss ist der 14.01.2018.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen von Ausschussmitgliedern/Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 11.1 AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453]
Vorlage: VO/2017/05479**

Vertagt (siehe TOP 3)

zu 12 Verschiedenes

Die Vorschläge für die Sitzungstermine 2018 wurden den Mitgliedern des Ausschusses im Vorwege per e-mail übersandt.

Der Ausschuss ist mit den vorgeschlagenen Terminen einverstanden.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 06.02.2018, um 16.00 Uhr im VZM statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 7. Februar 2018

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung